

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

29. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Juni 1976	Nummer 61
---------------------	--	------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger	1146
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe	1146
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe.	1147
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten.	1147
20310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes	1148
20319	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2 für Auszubildende bei Bund und Ländern vom 17. Mai 1976	1149
20330	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Vergütungstarifvertrag Nr. 14 für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder vom 17. Mai 1976	1150
203310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Monatslohnstarifvertrag Nr. 7 zum MTL II vom 17. Mai 1976	1159
203310	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Dreizehnter Änderungstarifvertrag vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965	1165
203311	17. 5. 1976	Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers Änderungstarifvertrag Nr. 8 vom 17. Mai 1976 zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gem. § 29 MTL II vom 9. Oktober 1963	1167

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Hinweise	Seite
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 11 v. 1. 6. 1976	1167
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 28 v. 8. 6. 1976	1168
	Nr. 29 v. 10. 6. 1976	1168

I.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern
und Lernpfleger**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 2.9 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.21.04 - 2/76 -
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem.RdErl. v. 23. 1. 1967 - SMBl. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages
zur Regelung der Rechtsverhältnisse
der Lernschwestern und Lernpfleger**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Hauptvorstand - ,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 5 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Schülerinnen und Schüler erhalten folgendes monatliches Ausbildungsgeld:
Im 1. Ausbildungsjahr 708,34 DM,
im 2. Ausbildungsjahr 792,66 DM,
im 3. Ausbildungsjahr 932,08 DM.“

2. In § 7 werden in der Überschrift, in Absatz 1 Satz 2 und in Absatz 2 Satz 1 jeweils nach der Zahl „6“ die Worte „Satz 2“ eingefügt.

3. In § 8 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Schülerinnen und Schüler, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Schülerinnen und Schüler, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

- MBl. NW. 1976 S. 1146.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung
der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler
in der Krankenpflegehilfe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 4.4 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.21.04 - 3/76
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967 (bekanntgegeben mit dem Gem.RdErl. v. 24. 1. 1967 - SMBl. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages
zur Regelung der Rechtsverhältnisse
der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Hauptvorstand - ,

der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Schülerinnen und Schüler erhalten ein monatliches Ausbildungsgeld von 617,82 DM.“

2. In § 7 werden in der Überschrift, in Absatz 1 Satz 2 und in Absatz 2 Satz 1 jeweils nach der Zahl „6“ die Worte „Satz 2“ eingefügt.

3. In § 8 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Schülerinnen und Schüler, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Schülerinnen und Schüler, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

- MBL NW. 1976 S. 1146.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung
der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen
(Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 3.1 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.20.07 - 2/76 -
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 3. 2. 1970 - SMBl. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages
über die Regelung der Arbeitsbedingungen
der Praktikantinnen (Praktikanten)
für medizinische Hilfsberufe**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Hauptvorstand -,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe vom 28. Januar 1970, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Im Rubrum wird der Wortlaut des Buchstaben a gestrichen.
2. § 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:
„Die Praktikantinnen (Praktikanten) erhalten monatlich folgendes Entgelt und folgenden Verheiratenzuschlag:

Für die Berufe	Entgelt DM	Verheiraten- zuschlag DM
der pharm.-techn. Assistentin	1 100,76	67,50
des Krankengymnasten	1 100,76	67,50
der Beschäftigungstherapeutin	1 100,76	67,50
der Orthoptistin	1 100,76	67,50
der Diätassistentin	1 100,76	67,50
des Logopäden	1 100,76	67,50
des Masseurs	1 042,04	67,50

des Masseurs und med. Bademeisters im ersten Praktika- tenjahr in der weiteren Praktikantenzeit	DM 1 042,04	DM 67,50
	1 087,04	67,50

Für die Zahlung des Verheiratenzuschlags gilt § 62 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.“

3. Folgender § 4 a wird eingefügt:

„§ 4 a

**Anwendung des § 4 Satz 2
bei Schadensersatzansprüchen
gegen Dritte**

- (1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat die Praktikantin (der Praktikant)
 - a) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
 - b) sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
 - c) die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 4 Satz 2 zurückzubehalten.

- (2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 4 Satz 2, erhält die Praktikantin (der Praktikant) den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch der Praktikantin (des Praktikanten) nicht vernachlässigt werden.“

4. In § 5 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikantinnen (Praktikanten), die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikantinnen (Praktikanten), die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

- MBL NW. 1976 S. 1147.

20310

**Änderungstarifvertrag Nr. 5
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag zur Regelung der
Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4050 - 3.5 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.21.07 - 1/76 -
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten

ten vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 – SMBl. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Änderungstarifvertrag Nr. 5
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag zur Regelung der Arbeits-
bedingungen der Medizinalassistenten
vom 17. Dezember 1970**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
– Hauptvorstand –,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 17. Dezember 1970, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 4 vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 1 Abs. 1 erhält die folgende Fassung:

„Die Medizinalassistenten erhalten ein monatliches Entgelt nach Maßgabe der Regelung der Anwärterbezüge für die Anwärter der Laufbahngruppe des höheren Dienstes mit dem Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 13 + Zulage (Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) nach dem Bundesbesoldungsgesetz.“

2. Folgender § 3a wird eingefügt:

„§ 3a

**Anwendung des § 3 Satz 1 bei
Schadensersatzansprüchen gegen Dritte**

(1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat der Medizinalassistent

- a) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
- b) sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
- c) die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 3 Satz 1 zurückzubehalten.

(2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 3 Satz 1, erhält der Medizinalassistent den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch des Medizinalassistenten nicht vernachlässigt werden.“

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Medizinalassistenten, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Medizinalassistenten, die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

– MBl. NW. 1976 S. 1147.

20310

**Tarifvertrag vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung
der Arbeitsbedingungen der Praktikanten
(Praktikantinnen) für Berufe des Sozial-
und Erziehungsdienstes**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 3.16 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.22.14 – 3/76 –
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 21. 12. 1970 – SMBl. NW. 20310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert und ergänzt wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der
Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen)
für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,
vertreten durch den Vorstand,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
– Hauptvorstand –,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
– Bundesvorstand –

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes vom 17. Dezember 1970, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag vom 17. März 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 2 Satz 1 wird durch folgende Sätze ersetzt:

„Die Praktikanten (Praktikantinnen) erhalten monatlich folgendes Entgelt und folgenden Verheiratenzuschlag:

Für die Berufe	Entgelt	Verheiratenzuschlag
	DM	DM
des Sozialarbeiters	1333,07	70,88
des Sozialpädagogen	1333,07	70,88
des Erziehers	1100,76	67,50
der Kindergärtnerin	1100,76	67,50
der Hortnerin	1100,76	67,50
der Kinderpflegerin	1042,04	67,50

Für die Zahlung des Verheiratenzuschlags gilt § 62 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend.“

2. Folgender § 4a wird eingefügt:

„§ 4 a
**Anwendung des § 4 Satz 2
bei Schadensersatzansprüchen gegen Dritte**

(1) Ist die Arbeitsunfähigkeit durch einen von einem Dritten zu vertretenden Umstand herbeigeführt, hat der Praktikant (die Praktikantin)

- a) dem Arbeitgeber unverzüglich die Umstände mitzuteilen, unter denen die Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt worden ist,
- b) sich jeder Verfügung über die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit zu enthalten und
- c) die Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Arbeitsunfähigkeit an den Arbeitgeber abzutreten und zu erklären, daß er über sie noch nicht verfügt hat.

Bis zur Abtretung der Ansprüche ist der Arbeitgeber berechtigt, die Leistungen aus § 4 Satz 2 zurückzubehalten.

(2) Übersteigt der erlangte Schadensersatz die Leistungen des Arbeitgebers nach § 4 Satz 2, erhält der Praktikant (die Praktikantin) den Unterschiedsbetrag. Bei der Verfolgung der Schadensersatzansprüche durch den Arbeitgeber darf ein über den Anspruch des Arbeitgebers hinausgehender nicht offensichtlich ungerechtfertigter Anspruch des Praktikanten (der Praktikantin) nicht vernachlässigt werden.“

3. In § 5 Unterabs. 3 werden nach den Worten „vom 16. März 1974“ die Worte „in der jeweils geltenden Fassung“ eingefügt.

§ 2

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Praktikanten (Praktikantinnen), die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Praktikantenverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Praktikanten (Praktikantinnen), die in unmittelbarem Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Praktikantenverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

– MBl. NW. 1976 S. 1148.

20319

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2
für Auszubildende bei Bund und Ländern
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers – B 4050 – 2.2 – IV 1 –
u. d. Innenministers – II A 2 – 7.20.07 – 3/76 –
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Ausbildungsvergütungstarifvertrages Nr. 1 vom 17. März 1975 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 – SMBl. NW. 20319) treten, geben wir bekannt:

**Ausbildungsvergütungstarifvertrag Nr. 2
für Auszubildende bei Bund und Ländern
vom 17. Mai 1976**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
– Hauptvorstand –,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
– Bundesvorstand –

andererseits

wird für die Auszubildenden bei Bund und Ländern, die unter den Manteltarifvertrag für Auszubildende vom 6. Dezember 1974 fallen, folgendes vereinbart:

§ 1

(1) Die Ausbildungsvergütung gemäß § 8 Abs. 1 des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 beträgt monatlich

im 1. Ausbildungsjahr	365,— DM,
im 2. Ausbildungsjahr	418,— DM,
im 3. Ausbildungsjahr	471,— DM,
im 4. Ausbildungsjahr	530,71 DM.

(2) Die Ausbildungsvergütung nach Absatz 1 erhöht sich nach Vollendung des 18. Lebensjahres um 50,— DM.

Das 18. Lebensjahr gilt als vollendet mit dem Beginn des Monats, in den der Geburtstag fällt.

§ 2

(1) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. a des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten angestellten versicherungspflichtigen Auszubildenden können 50 v.H. der in dem Tarifvertrag über die Gewährung von Zulagen gemäß § 33 Abs. 1 Buchst. c BAT vom 11. Januar 1962 vereinbarten Zulagen gezahlt werden, wenn die dort geforderten Voraussetzungen vorliegen.

(2) An die in § 1 Abs. 1 Buchst. b des Tarifvertrages vom 6. Dezember 1974 genannten arbeiterrentenversicherungspflichtigen Auszubildenden, die im Rahmen ihrer Ausbildung in erheblichem Umfang mit Arbeiten gemäß § 29 MTB II/MTL II beschäftigt werden, kann im 2. bis 4. Ausbildungsjahr ein monatlicher Pauschalzuschlag von 20,— DM gezahlt werden.

§ 3

(1) Gewährt der Auszubildende Kost und Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 123,20 DM gekürzt.

(2) Gewährt der Auszubildende nur Wohnung, wird die Ausbildungsvergütung um monatlich 31,59 DM gewährt er nur Kost, wird sie um monatlich 91,61 DM gekürzt.

§ 4

(1) Die Wasserbaulehrlinge der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes haben während des Besuchs der Lehrbaustelle für Wasserbauwerke die auf der Lehrbaustelle entstehenden Verpflegungskosten aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten.

(2) Werden Schiffsjungen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zum Besuch einer anerkannten Schiffer-Berufsschule in einem von der Binnenschifffahrt betreuten Schiffsjungenheim untergebracht, haben sie die Kosten für Unterkunft und Verpflegung aus der Ausbildungsvergütung zu bestreiten. Dem Schiffsjungen muß jedoch mindestens ein monatliches Taschengeld in Höhe von 25 v.H. seiner Ausbildungsvergütung verbleiben.

§ 5

Dieser Tarifvertrag wird auf Auszubildende, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Ausbildungsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Auszubildende, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Ausbildungsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,

- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den BAT, den MTB II, den MTL II, den BMT-G, den Manteltarifvertrag für Auszubildende oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 6

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Mai 1976.

- MBL NW. 1976 S. 1149.

20330

**Vergütungstarifvertrag Nr. 14
für den Bereich des Bundes und für den Bereich
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4100 - 1.3.16 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.20.06 - 3/76 -
v. 17. 5. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Vergütungstarifvertrages Nr. 13 zum BAT vom 17. März 1975 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 - MBL NW. S. 677 / SMBl. NW. 20330 -) treten, geben wir bekannt:

**Vergütungstarifvertrag Nr. 14 zum BAT
für den Bereich des Bundes und für den Bereich
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
vom 17. Mai 1976**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch den Bundesminister des Innern,
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz der Vorstände,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Hauptvorstand -,
der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft
- Bundesvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag gilt für die Angestellten im Bereich des Bundes und im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, die unter den Geltungsbereich des Bundes-Angestellten-tarifvertrages (BAT) fallen.

§ 2

**Angestellte, die unter die Anlage 1 a,
zum BAT fallen**

(1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 1 festgelegt.

(2) Die Grundvergütungen der Angestellten, die das 18., aber noch nicht das 21. bzw. 23. Lebensjahr vollendet haben (§ 28 Abs. 1 BAT), ergeben sich aus der Anlage 2.

(3) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 3.

§ 3

**Angestellte, die unter die Anlage 1 b
zum BAT fallen**

(1) Die Grundvergütungen (§ 26 Abs. 3 BAT) sind in der Anlage 4 festgelegt.

(2) Die Gesamtvergütungen der Angestellten, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 30 BAT), ergeben sich aus der Anlage 5.

§ 4

Stundenvergütungen

Die Stundenvergütungen (§ 35 Abs. 3 Unterabs. 1 BAT) betragen:

In Vergütungs- gruppe	DM	In Vergütungs- gruppe	DM
X	8,07	Kr. I	8,83
IXb	8,53	Kr. II	9,27
IXa	8,70	Kr. III	9,75
VIII	9,05	Kr. IV	10,25
VII	9,67	Kr. V	10,78
VIa/b	10,33	Kr. VI	11,38
Vc	11,13	Kr. VII	12,23
Va/b	12,19	Kr. VIII	12,96
IVb	13,19	Kr. IX	13,75
IVa	14,33	Kr. X	14,59
III	15,57	Kr. XI	15,53
IIb	16,37	Kr. XII	16,46
IIa	17,25		
Ib	18,83		
Ia	20,47		
I	22,33		

§ 5

Bemessungsgrundlage für Zulagen

(1) Für die Bemessung der nachstehenden Zulagen tritt in den Vergütungsgruppen Vc und VIb bis X an die Stelle der Anlage 1 die Anlage 6:

1. Sonderregelungen zum BAT

Nr. 9 Abs. 1 SR 2e II

Nr. 6 Abs. 2 Unterabs. 1 SR 2k

2. Anlage 1 a zum BAT

a) In Teil I

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

b) In Teil II

Abschnitt H

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe Vc

Abschnitt N Unterabschn. I

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII und Protokollnotizen Nrn. 3 und 6

Abschnitt N Unterabschn. II

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII und Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

Abschnitt N Unterabschn. III

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII

Abschnitt P Unterabschn. II

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

c) In Teil III

Abschnitt A Unterabschn. V

Nr. 1 der Vorbemerkungen

Abschnitt C Unterabschn. III

Fußnoten 2 und 3

Abschnitt D

jeweilige Fußnoten 1 zu Vergütungsgruppe Vc der Unterabschnitte I, II und III

Abschnitt L Unterabschn. VII

Fußnoten 1 und 2 zu Vergütungsgruppe VII und

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VIII

Abschnitt O

Fußnote 1 zu Vergütungsgruppe VII

Anlage 4

Anlage 5

Anlage 6

d) In Teil IV

Abschnitt A Unterabschn. III
Nr. 1 der Vorbemerkungen
Abschnitt B
Fußnoten 2 und 3

(2) Für die Bemessung der Zulage nach Nr. 6 Abs. 2 SR 2 u BAT in der für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder geltenden Fassung ist der Betrag von 1289,47 DM zugrunde zu legen.

§ 6

Überleitung am 1. Februar 1976

Für die unter die Anlage 1a zum BAT fallenden Angestellten, die am 31. Januar 1976 in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, das zu demselben Arbeitgeber am 1. Februar 1976 fortbestanden hat, und deren Grundvergütungen die jeweiligen Endgrundvergütungen in den Vergütungsgruppen VIb und VIa BAT um bis zu 30 DM sowie in der Vergütungsgruppe Vc BAT um bis zu 38 DM aufgrund des § 4 Abs. 1 Unterabs. 2 des Vergütungstarifvertrages vom 23. Juli 1958 überschreiten durften, werden die Endgrundvergütungen um die bisherigen Überschreibungsbeträge erhöht.

§ 7

Ausgleichszulagen für die Angestellten im Saarland

Durch die Ausgleichszulage nach § 3 Abs. 2 des Überleitungstarifvertrages für die Angestellten im Saarland darf die Endgrundvergütung

in der Vergütungsgruppe	um bis zu
VII	2,45 DM
VIb	25,— DM
VIa	26,— DM
Vc	27,— DM
IVb	6,— DM
IVa	18,— DM

überschritten werden.

§ 8

Ortszuschlag

Anlage 7 Abweichend von § 29 BAT gilt die diesem Tarifvertrag als Anlage 7 beigelegte Ortszuschlagstabelle. Sie tritt außer Kraft, wenn für die Beamten des Arbeitgebers eine entsprechende oder eine günstigere Ortszuschlagstabelle in Kraft tritt. Von diesem Zeitpunkt an ist § 29.BAT uneingeschränkt anzuwenden.

§ 9

Ergänzung der Anlage 1a zum BAT

Die Anlage 1a zum BAT, zuletzt geändert und ergänzt durch den Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Neufassung der Fallgruppen 1) vom 24. Juni 1975, wird wie folgt geändert und ergänzt:

In Teil II Abschnitt G wird die folgende Vorbemerkung zu den Unterabschnitten I und II eingefügt:

„Vorbemerkung:

Den Sozialarbeitern/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung stehen die nach einem vierjährigen Studium an einer Fachhochschule graduierten Sozialarbeiter/Sozialpädagogen gleich.“

§ 10

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird nicht angewendet auf Angestellte, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind. Dies gilt auf Antrag nicht für Angestellte, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Angestellte, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des Altersruhegeldes nach § 25 Abs. 1 oder 3 AVG, § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechts, die den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 11

Inkrafttreten und Kündigung

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft. Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, den 17. Mai 1976

Anlage 1

**(§ 2 Abs. 1 des Vergütungs-
tarifvertrages Nr. 14)**

Tabelle der Grundvergütungen

für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 21. bzw. 23. Lebensjahres

(§ 27 Abschn. A BAT)

Verg. Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendeten															
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.	47.	49.	
	Lebensjahr (monatlich in DM)															
I		2662,59	2806,94	2951,31	3095,66	3240,02	3384,39	3528,75	3673,11	3817,46	3961,83	4106,19	4250,55	4394,90		
I a		2454,21	2566,39	2678,56	2790,73	2902,91	3015,10	3127,28	3239,44	3351,62	3463,80	3575,99	3688,16	3795,72		
I b		2181,82	2289,66	2397,51	2505,34	2613,18	2721,02	2828,87	2936,70	3044,55	3152,38	3260,22	3368,07	3475,67		
II a		1933,96	2033,01	2132,07	2231,12	2330,18	2429,24	2528,30	2627,35	2726,41	2825,47	2924,52	3023,51			
II b		1803,21	1893,51	1983,80	2074,10	2164,40	2254,70	2344,99	2435,29	2525,59	2615,89	2706,19	2796,46			
III	1718,78	1803,21	1887,65	1972,09	2056,53	2140,98	2225,42	2309,85	2394,29	2478,74	2563,19	2647,63	2727,96			
IV a	1558,06	1635,33	1712,59	1789,85	1867,11	1944,38	2021,64	2098,91	2176,17	2253,44	2330,70	2407,97	2484,18			
IV b	1424,59	1485,88	1547,18	1608,45	1669,74	1731,04	1792,32	1853,62	1914,91	1976,19	2037,48	2098,77	2106,92			
V a	1259,67	1308,22	1356,77	1409,21	1463,09	1516,99	1570,87	1624,77	1678,65	1732,54	1786,43	1840,32	1890,37			
V b	1253,67	1308,22	1356,77	1409,21	1463,09	1516,99	1570,87	1624,77	1678,65	1732,54	1786,43	1840,32	1844,06			
V c	1190,73	1234,49	1278,32	1324,27	1370,22	1418,12	1469,12	1520,12	1571,12	1622,11	1672,46					
VI a	1127,61	1161,42	1195,23	1229,05	1262,86	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1523,07	1562,47	1601,89	1635,69	
VI b	1127,61	1161,42	1195,23	1229,05	1262,86	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1514,48				
VII	1044,64	1072,10	1099,57	1127,03	1154,50	1181,96	1209,43	1236,89	1264,36	1292,58	1321,43	1342,24				
VIII	966,38	991,50	1016,62	1041,75	1066,87	1091,99	1117,11	1142,23	1167,36	1186,03						
IX a	934,79	959,76	984,73	1009,70	1034,67	1059,64	1084,61	1109,58	1134,49							
IX b	899,74	922,53	945,32	968,11	990,90	1013,69	1036,48	1059,27	1078,53							
X	835,47	858,26	881,05	903,84	926,63	949,42	972,21	995,--	1017,76							

Anmerkung: Tabelle gilt nicht für die Bemessung von Zulagen. Vergleiche hierzu § 5 und Anlage 6

Anmerkung: Tabelle gilt nicht für die Bemessung von Zulagen. Vergleiche hierzu § 5 und Anlage 6 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14.

Anlage 2

(§ 2 Abs. 2 des Vergütungstarif-
vertrages Nr. 14)

Tabelle der Grundvergütungen

für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten unter 21 bzw. 23 Jahren
(zu § 28 BAT)

VergGr.	Grundvergütung vor Vollendung des 23. Lebensjahres (monatlich in DM)	Grundvergütung nach Vollendung des		
I b	2072,73	18.	19.	20.
II a	1837,26		Lebensjahres	
II b	1713,05		(monatlich in DM)	
VergGr.				
IV b	-	-	-	1424,59
V a/V b	-	-	-	1259,67
V c	1095,47	1143,10		1190,73
VI a/VI b	1037,40	1082,51		1127,61
VII	961,07	1002,85		1044,64
VIII	889,07	927,72		966,38
IX a	860,01	897,40		934,79
IX b	827,76	863,75		899,74
X	768,63	802,05		835,47

Anlage 3

(§ 2 Abs. 3 des Vergütungs-
tarifvertrages
Nr. 14)

T a b e l l e

der Gesamtvergütungen für die unter die Anlage 1 a zum BAT fallenden Angestellten
unter 18 Jahren
(zu § 30 BAT)

A l t e r	Gesamtvergütungen in den Vergütungsgruppen						
	VI a/b	VII	VIII	IX a	IX b	X	
							(monatlich in DM)
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	772,99	731,51	692,38	-	659,06	626,92	
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	850,29	804,66	761,61	-	724,96	689,61	
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	1004,89	950,96	900,09	879,55	856,77	815,--	
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1159,49	1097,26	1038,56	1014,87	988,58	940,38	

Anlage 4

(§ 3 Abs. 1 des Vergütungs-
tarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Grundvergütungen

für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten nach Vollendung des 20. Lebensjahres

(zu § 27 Abschn. B BAT)

VergGr.	Grundvergütungssätze in Stufe									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
						(monatlich in DM)				
Kr. XII	2037,46	2145,06	2252,65	2324,84	2397,00	2469,19	2541,38	2613,57	2685,73	2753,85
Kr. XI	1886,28	1989,80	2093,30	2162,76	2232,21	2301,68	2371,13	2440,60	2510,05	2574,06
Kr. X	1746,00	1841,33	1936,67	2000,69	2064,70	2128,72	2192,72	2256,73	2320,74	2383,38
Kr. IX	1616,62	1705,14	1793,66	1853,60	1913,53	1973,45	2033,38	2093,30	2153,22	2206,34
Kr. VIII	1496,78	1578,48	1660,21	1716,04	1771,88	1827,72	1883,56	1939,40	1995,24	2042,91
Kr. VII	1386,45	1462,72	1538,99	1589,39	1639,77	1690,16	1740,56	1790,95	1841,33	1891,73
Kr. VI	1295,61	1358,20	1423,22	1470,88	1518,56	1566,22	1613,89	1661,56	1709,23	1751,46
Kr. V	1212,91	1269,00	1327,52	1366,77	1406,83	1450,47	1494,05	1537,63	1581,22	1622,07
Kr. IV	1136,96	1138,37	1239,79	1274,84	1311,56	1348,38	1385,18	1424,59	1465,44	1502,21
Kr. III	1066,85	1113,58	1160,33	1191,87	1223,43	1254,98	1287,03	1320,15	1353,28	1380,28
Kr. II	1002,57	1043,47	1084,37	1112,42	1140,46	1168,50	1196,55	1224,60	1252,64	1277,21
Kr. I	942,98	979,21	1015,43	1039,97	1064,50	1089,04	1113,58	1138,12	1162,66	1187,20

Anlage 5

(§ 3 Abs. 2 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Gesamtvergütungen
für die unter die Anlage 1 b zum BAT fallenden Angestellten unter 18 Jahren

(zu § 30 BAT)

Alter	Gesamtvergütung in den Vergütungsgruppen		
	Kr. I	Kr. II (monatlich in DM)	Kr. III
Vor Vollendung des 15. Lebensjahres	680,68	-	-
Nach Vollendung des 15. Lebensjahres	748,74	781,52	-
Nach Vollendung des 16. Lebensjahres	884,88	923,61	-
Nach Vollendung des 17. Lebensjahres	1.021,01	1.065,71	1.113,92

Anlage 6
(§ 5 des Vergütungstarifvertrages Nr. 14)

Tabelle der Bemessungsgrundlagen für Zulagen

Verg.- Gr.	Grundvergütung der Lebensaltersstufe nach vollendeten											
	21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.
	Lebensjahr (monatlich in DM)											
V c	1186,44	1232,39	1278,32	1324,27	1370,22	1416,12	1469,12	1520,12	1571,12	1622,11	1672,46	
VI b	1120,16	1155,66	1191,16	1226,67	1262,17	1297,68	1333,19	1368,69	1404,83	1444,24	1483,65	1514,48
VII	1033,04	1061,88	1090,72	1119,55	1148,40	1177,23	1206,07	1234,91	1263,75	1292,58	1321,43	1342,24
VIII	950,87	977,25	1003,62	1030,01	1056,38	1082,76	1109,14	1135,51	1161,90	1181,50		
IX a	917,70	943,92	970,14	996,36	1022,57	1048,79	1075,01	1101,23	1127,39			
IX b	880,90	904,83	928,76	952,69	976,62	1000,55	1024,47	1048,40	1068,63			
X	813,41	837,34	861,27	885,20	909,13	933,06	956,99	980,92	1004,82			

Anlage 7

(§ 8 des Vergütungstarifvertrages
Nr. 14)

Ortszuschlag

für die Angestellten

Tarif- klasse	Zu der Tarif- klasse gehö- rende Vergü- tungsgruppen	Monatsbeträge in DM							
		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I b	I bis II b	499,74	594,24	675,09	752,36	788,21	856,16	924,11	1008,74
I c	III bis Va/b, Kr. VII bis Kr. XII	444,14	538,64	619,49	696,76	732,61	800,56	868,51	953,14
II	V c bis X, Kr. I bis VI	418,37	508,37	589,22	666,49	702,34	770,29	838,24	922,87

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes
weitere zu berücksichtigende Kind um 84,63 DM.

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages wird folgendes bestimmt:

1. Für die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, die unter den RdErl. d. Kultusministers v. 12. 11. 1971 (GABl. NW. 1971 S. 617) fallen, ist die erhöhte Vergütung solange unter Vorbehalt zu zahlen, bis die widerruflichen Zulagen nach dem genannten Erlaß durch den Kultusminister neu festgesetzt worden sind.
2. Der Zuschlag nach § 47 Abs. 2 Unterabs. 5 BAT beträgt 4 v.H. (80 v.H. von 5 v.H.).

C.

Aufgrund einer den Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen gegebenen Zusage erhalten in Anwendung des § 40 Abs. 1 LHO und mit Zustimmung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder Angestellte, die unter den Geltungsbereich des Vergütungsstarifvertrages Nr. 14 (vgl. dessen § 10) fallen und denen

1. am 1. Februar 1976 Grundvergütung der Vergütungsgruppe Va oder Vb nach der Stufe nach vollendetem 21. oder 23. Lebensjahr und
 2. der Ortszuschlag der Stufe 1 zugestanden hat,
- außertariflich eine einmalige nicht gesamtversorgungsfähige Zahlung. Die einmalige Zahlung ist zusammen mit der Nachzahlung aufgrund des Vergütungsstarifvertrages Nr. 14 zu leisten.

Die einmalige Zahlung beträgt

- wenn Grundvergütung nach der Stufe nach vollendetem 21. Lebensjahr zustand, 50,31 DM,
- wenn Grundvergütung nach der Stufe nach vollendetem 23. Lebensjahr zustand, 20,15 DM.

Sie ist bei der Bemessung sonstiger Leistungen (z.B. Urlaubsvergütung) nicht zu berücksichtigen.

- MBl. NW. 1976 S. 1150.

203310

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 7
zum MTL II
vom 17. Mai 1976**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4200 - 3 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.30.04 - 1/76 -
v. 17. 5. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, dessen Vorschriften mit Wirkung vom 1. Februar 1976 an die Stelle der Vorschriften des Monatslohnstarifvertrages Nr. 6 zum MTL II vom 17. März 1975 i.d.F. des Änderungstarifvertrages vom 19. Juni 1975 (bekanntgegeben mit den Gem. RdErl. v. 17. 3. 1975 u. v. 10. 9. 1975 - SMBl. NW. 203310) treten, geben wir bekannt:

**Monatslohnstarifvertrag Nr. 7 zum MTL II
vom 17. Mai 1976**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr - Hauptvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1**Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag gilt für die Arbeiter der Verwaltungen und Betriebe der Länder, deren Arbeitsverhältnisse durch den

Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder (MTL II) vom 27. Februar 1964 geregelt sind. Er gilt nicht für die Arbeiter des Landes Berlin und der Freien Hansestadt Hamburg.

§ 2**Lohntabelle**

Die Monatstabellenlöhne (§ 21 Abs. 3 MTL II) sind in der Anlage 1 (Monatstabellenlöhne 1) festgelegt.

Anlage 1

Protokollnotiz:

Bei der Berechnung des auf eine Stunde entfallenden Anteils des Monatstabellenlohnes sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden.

**Bemessungsgrundlagen für Zulagen,
Zuschläge usw.**

Bei Anwendung der folgenden Vorschriften gelten die Monatstabellenlöhne der Anlage 2 (Monatstabellenlöhne 2):

Anlage 2

1. Im MTL II:

- a) § 9 Abs. 4 Satz 2
- b) § 27 Abs. 1
- c) § 30 Abs. 5
- d) Nr. 5 Abs. 1 SR 2g
- e) Nr. 3a SR 2h
- f) Nr. 4 Satz 3 SR 2 l, soweit es sich um die über 174 Stunden im Monat hinausgehenden Stunden handelt
- g) Nr. 6 Satz 2 SR 2 l

2. Im Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II:

- a) § 2 Abs. 6 Buchst. b
- b) § 3 Abs. 1
- c) Lohngruppe VIII Fallgruppen:
26.3.1 bis 26.3.5
29.3.1 bis 29.3.4
30.3.3
51.3.1
52.3.1
55.3.1

**3. Im Tarifvertrag zu § 73 MTL II:
Artikel IV § 5 Nr. 1.****§ 4****Ausnahmen vom Geltungsbereich**

Dieser Tarifvertrag wird auf Arbeiter, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Arbeiter, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Arbeiter, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO oder § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTB II, den MTL II oder den BMT-G oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 5**Inkrafttreten, Laufzeit**

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Er kann mit einer Frist von einem Monat zum Schluß eines Kalendermonats, frühestens zum 31. Januar 1977, schriftlich gekündigt werden.

Bonn, dem 17. Mai 1976

Anlage 1
zum Monatslohnvertrag Nr. 7
zum MTL II vom 17. Mai 1976

Monatstabellenlöhne 1

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	1298,18	1330,73	1360,96	1388,87	1414,45	1437,71	1458,63	1477,24	1493,52	1507,47
III	1349,34	1383,68	1415,58	1445,01	1472,00	1496,53	1518,61	1538,24	1555,41	1570,13
IV	1376,47	1411,77	1444,55	1474,80	1502,53	1527,73	1550,43	1570,60	1588,25	1603,38
V	1403,31	1439,54	1473,19	1504,24	1532,72	1558,60	1581,90	1602,60	1620,72	1636,25
VI	1460,25	1498,48	1533,98	1566,74	1596,78	1624,09	1648,66	1670,51	1689,62	1706,01
VII	1520,32	1560,66	1598,11	1632,67	1664,36	1693,17	1719,10	1742,14	1762,30	1779,59
VIII	1583,70	1626,25	1665,76	1702,23	1735,66	1766,05	1793,82	1819,36	1841,69	1860,83
VIII a	1650,57	1695,46	1737,14	1775,62	1812,17	1845,85	1876,14	1903,07	1928,54	1950,96
IX	1728,85	1775,98	1821,49	1863,91	1902,78	1938,14	1969,95	1998,22	2024,97	2048,51

Anmerkung: Diese Tabelle ist nicht anzuwenden bei der Berechnung von Zulagen, Zuschlägen usw.
(vgl. § 3 des Tarifvertrages und Abschnitt B Nr. 1 Satz 3 des Gem.RdErl.).

Anlage 2
zum Monatslohnstarifvertrag Nr. 7
zum MTL II vom 17. Mai 1976

Monats tabellen l ö h n e 2

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM
II	1273,84	1308,02	1339,76	1369,06	1395,92	1420,35	1442,31	1461,85	1478,95	1493,59
III	1327,56	1363,61	1397,11	1428,01	1456,35	1482,11	1505,29	1525,90	1543,93	1559,39
IV	1356,04	1393,11	1427,53	1459,29	1488,41	1514,87	1538,70	1559,88	1578,41	1594,30
V	1384,23	1422,27	1457,60	1490,20	1520,11	1547,28	1571,75	1593,48	1612,51	1628,81
VI	1444,01	1484,15	1521,43	1555,83	1587,37	1616,04	1641,84	1664,79	1684,85	1702,06
VII	1507,09	1549,44	1588,77	1625,05	1658,33	1688,58	1715,81	1740,00	1761,17	1779,32
VIII	1573,64	1618,31	1659,80	1698,09	1733,19	1765,10	1793,82	1819,36	1841,69	1860,83
VIII a	1643,85	1690,98	1734,75	1775,15	1812,17	1845,85	1876,14	1903,07	1928,54	1950,96
IX	1726,04	1775,53	1821,49	1863,91	1902,78	1938,14	1969,95	1998,22	2024,97	2048,51

B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

1. Nach der zwischen den Tarifvertragsparteien getroffenen Vereinbarung ist § 30 Abs. 3 Satz 2 MTL II auch für die Ermittlung der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne anzuwenden. Das bedeutet, daß der Divisor 174 beträgt.

Die auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne, die sich unter Berücksichtigung der Rundungen nach der Protokollnotiz zu § 2 ergeben, sind in der **Anlage 1** ausgewiesen.

Anlage 1

Für die Bemessung der in § 3 aufgeführten Zulagen, Zuschläge und sonstigen Lohnbestandteile ist nicht von den Monatstabellenlöhnen der Anlage 1 zum Tarifvertrag (Monatstabellenlöhne 1) und damit auch nicht von den auf eine Stunde entfallenden Anteilen dieser Monatstabellenlöhne (Anlage 1), sondern von den hierfür besonders vereinbarten Beträgen der Anlage 2 zum Tarifvertrag (Monatstabellenlöhne 2) auszugehen. Die auf eine Stunde entfallenden Anteile dieser Monatstabellenlöhne sind in der **Anlage 2** ausgewiesen.

Anlage 2

2. Nach § 31 Abs. 2 Unterabs. 2 MTL II bemißt sich der Teil des Monatslohnes, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, nach der Arbeitsleistung des Vormonats. Das be-

deutet, daß sich der Teil des Monatslohnes für den Monat Februar 1976, der nicht im Monatsregellohn enthalten ist, zwar nach der Arbeitsleistung des Monats Dezember 1975 bemißt, für seine Errechnung aber der Lohn und die Bemessungsgrundlagen für Zulagen, Zuschläge usw. nach diesem Tarifvertrag zugrunde zu legen sind.

3. Die allgemeine Lohnerhöhung im Sinne des § 48 Abs. 3 und 5 MTL II beträgt vom 1. Februar 1976 an 5 v.H.; 80 v.H.; hiervon sind 4 v.H.
4. Die Bemessungsgrundlage für die Lohnzuschläge nach dem Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II – bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 – SMBl. NW. 203311) ist durch den Änderungstarifvertrag Nr. 8 zum TVZ zum MTL II vom 17. Mai 1976 auf 5,39 DM festgesetzt worden. Daraus ergeben sich vom 1. 2. 1976 an folgende Lohnzuschläge:

Zuschlagsgruppe:	Betrag:
I	0,27 DM
II	0,32 DM
III	0,43 DM
IV	0,54 DM
V	0,65 DM
VI	0,75 DM
VII	0,86 DM
VIII	1,08 DM
IX	1,35 DM
X	1,67 DM

Anlage 1

Tabelle
der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne 1

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	7,46	7,65	7,82	7,98	8,13	8,26	8,38	8,49	8,58	8,66
III	7,75	7,95	8,14	8,30	8,46	8,60	8,73	8,84	8,94	9,02
IV	7,91	8,11	8,30	8,48	8,64	8,78	8,91	9,03	9,13	9,21
V	8,07	8,27	8,47	8,65	8,81	8,96	9,09	9,21	9,31	9,40
VI	8,39	8,61	8,82	9,00	9,18	9,33	9,48	9,60	9,71	9,80
VII	8,74	8,97	9,18	9,38	9,57	9,73	9,88	10,01	10,13	10,23
VIII	9,10	9,35	9,57	9,78	9,98	10,15	10,31	10,46	10,58	10,69
VIII a	9,49	9,74	9,98	10,20	10,41	10,61	10,78	10,94	11,08	11,21
IX	9,94	10,21	10,47	10,71	10,94	11,14	11,32	11,48	11,64	11,77

Anmerkung:

Diese Tabelle ist nicht anzuwenden bei der Berechnung von Zulagen, Zuschlägen usw. (vgl. § 3 des Tarifvertrages und Abschnitt B Nr. 1 Satz 3 des Gem.RdErl.).

Anlage 2Tabelle

der auf eine Stunde entfallenden Anteile der Monatstabellenlöhne 2
(Bemessungsgrundlage für Zulagen, Zuschläge usw.)

Lohn- gruppe	S t u f e									
	1 DM	2 DM	3 DM	4 DM	5 DM	6 DM	7 DM	8 DM	9 DM	10 DM
II	7,32	7,52	7,70	7,87	8,02	8,16	8,29	8,40	8,50	8,58
III	7,63	7,84	8,03	8,21	8,37	8,52	8,65	8,77	8,87	8,96
IV	7,79	8,01	8,20	8,39	8,55	8,71	8,84	8,96	9,07	9,16
V	7,96	8,17	8,38	8,56	8,74	8,89	9,03	9,16	9,27	9,36
VI	8,30	8,53	8,74	8,94	9,12	9,29	9,44	9,57	9,68	9,78
VII	8,66	8,90	9,13	9,34	9,53	9,70	9,86	10,00	10,12	10,23
VIII	9,04	9,30	9,54	9,76	9,96	10,14	10,31	10,46	10,58	10,69
VIII a	9,45	9,72	9,97	10,20	10,41	10,61	10,78	10,94	11,08	11,21
IX	9,92	10,20	10,47	10,71	10,94	11,14	11,32	11,48	11,64	11,77

203310

**Dreizehnter Änderungstarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer
vom 10. Februar 1965**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4200 - 4.1 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.31.14 - 1/76 -
v. 17. 5. 1976

Den nachstehenden Tarifvertrag, durch den der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 22. 3. 1965 - S M B l. NW. 203310) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert wird, geben wir bekannt:

**Dreizehnter Änderungstarifvertrag
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen
der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965**

Zwischen

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,

einerseits

und

der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr - Hauptvorstand -

andererseits

wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderung des Tarifvertrages

Anlage Die Anlage zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer vom 10. Februar 1965, zuletzt

geändert durch den Zwölften Änderungstarifvertrag vom 17. März 1975, wird durch die Anlage zu diesem Tarifvertrag ersetzt.

§ 2

Ausnahmen vom Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag wird auf Personenkraftwagenfahrer, die spätestens mit Ablauf des 30. April 1976 aus ihrem Verschulden oder auf eigenen Wunsch aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, nicht angewendet. Dies gilt auf Antrag nicht für Personenkraftwagenfahrer, die im unmittelbaren Anschluß an das auf eigenen Wunsch beendete Arbeitsverhältnis wieder in den öffentlichen Dienst eingetreten sind. Dies gilt ferner nicht für Personenkraftwagenfahrer, die wegen Erfüllung der Voraussetzungen zum Bezüge des Altersruhegeldes nach § 1248 Abs. 1 oder 3 RVO, § 25 Abs. 1 oder 3 AVG oder § 48 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 RKG aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind.

Öffentlicher Dienst im Sinne des Satzes 2 ist eine Beschäftigung

- a) beim Bund, bei einem Land, bei einer Gemeinde, bei einem Gemeindeverband oder bei einem sonstigen Mitglied eines Arbeitgeberverbandes, der der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehört,
- b) bei einer Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts, die den MTB II, den MTL II oder den BMT-G oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwendet.

§ 3

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1976 in Kraft.

Bonn, den 17. Mai 1976

A n l a g e

**zum Tarifvertrag vom 17. Mai 1976 für Personenkraftwagenfahrer
der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein**

Gesamtpauschallöhne

Gruppe	Dienstzeit	Monatslohn DM	Pauschal- zuschlag DM	Gesamtpau- schallohn DM
<u>Gruppe I</u>				
bei einer Mo- natsarbeits- zeit bis zu 199 Stunden	1.- 8. Jahr 9.-12. Jahr 13.-16. Jahr vom 17. Jahr an	1756,80 1814,15 1860,57 1896,07	74,22 74,22 74,22 74,22	1831,02 1888,37 1934,79 1970,29
<u>Gruppe II</u>				
bei einer Mo- natsarbeits- zeit von mehr als 199 bis 224 Stunden	1.- 8. Jahr 9.-12. Jahr 13.-16. Jahr vom 17. Jahr an	1946,86 2004,21 2050,63 2086,13	124,30 124,30 124,30 124,30	2071,16 2128,51 2174,93 2210,43
<u>Gruppe III</u>				
bei einer Mo- natsarbeits- zeit von mehr als 224 bis 248 Stunden	1.- 8. Jahr 9.-12. Jahr 13.-16. Jahr vom 17. Jahr an	2159,28 2216,63 2263,05 2298,55	148,44 148,44 148,44 148,44	2307,72 2365,07 2411,49 2446,99
<u>Gruppe IV</u>				
bei einer Mo- natsarbeits- zeit von mehr als 248 bis 272 1/2 Stun- den	1.- 8. Jahr 9.-12. Jahr 13.-16. Jahr vom 17. Jahr an	2382,88 2440,23 2486,65 2522,15	148,44 148,44 148,44 148,44	2531,32 2588,67 2635,09 2670,59
Ständige per- sönliche Fah- rer nach § 3 Abs. 3	1.- 8. Jahr 9.-12. Jahr 13.-16. Jahr vom 17. Jahr an	2617,66 2675,01 2721,43 2756,93	189,30 189,30 189,30 189,30	2806,96 2864,31 2910,73 2946,23

203311

**Änderungstarifvertrag Nr. 8
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge
gem. § 29 MTL II
vom 9. Oktober 1963**

Gem. RdErl. d. Finanzministers - B 4231 - 1.2 - IV 1 -
u. d. Innenministers - II A 2 - 7.32.05 - 1/76 -
v. 17. 5. 1976

A.

Den nachstehenden Tarifvertrag, mit dem der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II vom 9. Oktober 1963 (bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 - SMBl. NW. 203311) mit Wirkung vom 1. Februar 1976 geändert wird, geben wir bekannt:

**Änderungstarifvertrag Nr. 8
vom 17. Mai 1976
zum Tarifvertrag über die Lohnzuschläge
gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II)
vom 9. Oktober 1963**

Zwischen
der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,
vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes,

und
der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport
und Verkehr - Hauptvorstand -

wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Lohnzuschläge gemäß § 29 MTL II (TVZ zum MTL II) vom 9. Oktober 1963, zuletzt geändert

durch den Änderungstarifvertrag Nr. 7 vom 16. März 1974, wird mit Wirkung vom 1. Februar 1976 wie folgt geändert:

In § 1 Abs. 2 wird der Betrag „3,89“ durch den Betrag „5,39“ ersetzt.

§ 2

§ 4 des Monatslohnstarifvertrages Nr. 7 zum MTL II vom 17. Mai 1976 gilt entsprechend.

Bonn, den 17. Mai 1976

B.

Abschnitt B des Gem. RdErl. v. 18. 11. 1963 (SMBl. NW. 203311) wird wie folgt geändert:

1. Nummer 2 erhält folgende Fassung:

2. Zu § 1 Abs. 2

Die Lohnzuschläge sind in Vomhundertsätzen der Bemessungsgrundlage festgesetzt. Daraus ergeben sich vom 1. 2. 1976 an folgende Lohnzuschläge:

Zuschlagsgruppe	Betrag
I	0,27 DM
II	0,32 DM
III	0,43 DM
IV	0,54 DM
V	0,65 DM
VI	0,75 DM
VII	0,86 DM
VIII	1,08 DM
IX	1,35 DM
X	1,67 DM

2. Nummer 7 wird gestrichen.

Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden Nummern 7 und 8.

- MBl. NW. 1976 S. 1167.

II.**Hinweise****Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 11 v. 1. 6. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,50 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite
Bekanntmachungen	121
Personalmeldungen	127
Gesetzgebungsübersicht	129
Rechtsprechung	
Zivilrecht	
BGB § 812 I Satz 1. - Der Dritte, der dem Schuldner gegenüber zur Befriedigung von dessen Gläubiger verpflichtet ist und aus Versehen an den Gläubiger doppelt zahlt, kann von diesem bei offensichtlicher Vergehlung des Zahlungszwecks unmittelbar Erstattung verlangen. OLG Köln vom 25. September 1975 - 1 U 19/75	130
Strafrecht	
OWiG §§ 72, 79 I Nr. 5. - Behält sich der Verteidiger auf eine Anfrage gemäß § 72 I Satz 2 OWiG eine endgültige Stellungnahme bis nach erfolgter Akteneinsicht vor, so liegt in dem Fehlen einer weiteren Erklärung nach gewählter Einsichtnahme in die Akten keine Zustimmung zu einer Beschlussscheidung. OLG Hamm vom 19. Januar 1976 - 3 Ss OWi 25/76	131

- MBl. NW. 1976 S. 1167.

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**Nr. 28 v. 8. 6. 1976**

(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
1001	7. 5. 1976	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Münster/Hamm-Gesetzes vom 9. Juli 1974 (GV. NW. S. 416), soweit es die Stadt Borghorst betrifft, mit Artikel 78 der Landesverfassung.	190
1001	7. 5. 1976	Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen über die Vereinbarkeit des Sauerland/Paderborn-Gesetzes vom 5. November 1974 (GV. NW. S. 1224), soweit es die Gemeinde Scherfede betrifft, mit Artikel 78 der Landesverfassung.	190
2005	1. 6. 1976	Gesetz zur Änderung des Landesorganisationsgesetzes.	190
75	7. 5. 1976	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die bergaufsichtliche Überwachung der bergbaulichen Nebengewinnungs- und Weiterverarbeitungsanlagen durch die Bergbehörden.	190
	18. 5. 1976	Haushaltssatzung und Bekanntmachung der Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 1976.	191

– MBl. NW. 1976 S. 1168.

Nr. 29 v. 10. 6. 1976

(Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
2022	27. 2. 1976	Dritte Änderung der Satzung der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe	194

– MBl. NW. 1976 S. 1168.

Einzelpreis dieser Nummer 4,20 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einsseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 25,80 DM, Ausgabe B 27,– DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer